

CDU und FDP stimmen Hövelhofer Haushalt zu

Zahlenwerk für 2015 enthält einen Fehlbetrag von zwei Millionen Euro

Hövelhof(WV). Mit den Stimmen der CDU und der FDP hat der Hövelhofer Rat in seiner letzten Sitzung in diesem Jahr den Haushalt für 2015 verabschiedet. SPD und Grüne stimmten gegen das vorgelegte Zahlenwerk, das bei Erträgen von 28,4 Millionen Euro und Aufwendungen von 30,4 Millionen Euro einen Fehlbetrag von zwei Millionen Euro prognostiziert.

Von Heinz-Peter Manuel

Nachvollziehbarkeit

Für die FDP brach André Klocksins eine Lanze für das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF). Haushalte seien auch vor dessen Einführung nicht ausgeglichen gewesen, jetzt werde aber durch die Abschreibungen für die Abnutzung der Vermögensgegenstände der Vermögensverzehr deutlich. Dazu brauche es aber Ziele und Kennzahlen zur Planung und Steuerung. So frage sich die FDP, wie die Gemeinde gesteuert werden könne, wenn keine operativen Ziele existierten. »Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Nachvollziehbarkeit nicht gewünscht ist, denn anhand von Zielen und Kennzahlen könnte auch der Erfolg der Politik und der Verwaltung nachvollzogen werden«, mutmaßte Klocksins.

Zum Kommunalsoli sagte er, es sei »scheinheilig« immer nur von der Last der Abgabe zu sprechen und Zuschüsse aus anderen staatlichen Kassen unter den Tisch fallen zu lassen.

Dem Lob für das Handeln der Verwaltung in Sachen Kindertagesstätte Bentlake wollte er sich nicht anschließen. Die Schäden am Gebäude seien schon sehr lange bekannt und damit keine Überraschung gewesen. Klocksins sprach von »unterlassenen Instandhaltungen« und fragte sich, für wie viele weitere Gebäude das auch noch gelte.

Kritik übte Klocksins am Familienpass. Er sei zwar in Hövelhof eingeführt worden, biete den Inhabern aber keine Vorteile. Entweder müsse man ihn mit Leistungen anreichern oder ihn wieder abschaffen, »weil er keine Wirkung zeigt«. Im Schulbereich forderte Klocksins: »Ermöglichen Sie den Bürgern der Gemeinde den Besuch einer Schulform des längeren gemeinsamen Lernens.«

Hövelhofer Weg

CDU-Fraktionschef Wilfried Lappe hatte seine Rede unter das Motto »Der Hövelhofer Weg: pragmatisch, praktisch, gut!« gestellt. Und das beinhalte auch, dass die Senne-CDU ihre eigenen Parteifreunde nicht von der Kritik ausnehme. Der Bund müsse für staatlich beschlossene Sozialleistungen verstärkt selbst aufkommen, nannte Lappe unter anderem die Finanzierung des Lebensunterhaltes der Asylbewerber.

Auch den Kreis nahm er nicht aus und kritisierte den erneuten Stellenausbau.

Zum Hövelhofer Weg zähle es auch, Verantwortung zu übernehmen. Leider müssten viele Wünsche von Vereinen, aber auch bei Reparatur und Endausbau von Straßen und bei der Grünpflege, unerfüllt bleiben. Man müsse Schwerpunkte setzen, nannte Lappe vor allem Kindertageseinrichtungen, Schulen und die Unterstützung des Ehrenamtes.

Beispielhaft nannte Lappe die »vorbildlich« und pragmatisch angegangene Sanierung der Kindertagesstätte Bentlake.

Trotz des eingeplanten Haushaltsdefizits investiere die Gemeinde 6,7 Millionen Euro, lobte Lappe. Zu den Einzahlungen in Höhe von 4,9 Millionen Euro verbleibe der Gemeinde noch ein beachtlicher Eigenanteil von 1,8 Millionen für Wirtschaftswege, Brücken, Bürgerradweg Espeln, Parkplatz am Bahnhof, Renaturierung des Schwarzwasserbaches, Neuanschaffungen für die Feuerwehr und vor allem 1,9 Millionen Euro für das Ortskernkonzept sowie 2,1 Millionen Euro für den Hochwasserschutz.

Als »völlig richtig« bezeichnete Lappe die Hövelhofer Anstrengungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Handel, Gewerbe und Industrie: »Im Sinne einer vernünftigen Weiterentwicklung brauchen wir in Hövelhof Entwicklungspotenzial für die heimischen Betriebe und Flächen für weitere Wohnbebauung.« In Sachen Steuern sagte Lappe, die CDU wolle und werde die Menschen im Ort nicht stärker belasten als unbedingt nötig.

An Beschlüsse halten

Für die SPD forderte Mario Schäfer die Einhaltung längst gefasster Ratsbeschlüsse ein, auch in finanzieller Hinsicht. Er erinnerte daran, dass man beschlossen habe, Kassenkredite auf jeden Fall zu vermeiden. Gehandelt worden sei aber »genau umgekehrt«, indem der Fokus aus Schäfers Sicht zu stark auf den Schuldenabbau gelegt worden sei. Nun fehlten die liquiden Mittel. Schuldenfrei 2020, das Marketing oder Steueranpassungen vor die Verhinderung von Kassenkrediten zu stellen, sei eine Beschlussverletzung. Die SPD habe als einzige Fraktion »überhaupt irgendetwas versucht, um den Haushalt in Summe zu entlasten, durch Generierung von leichten Mehreinnahmen und Deckelung weiterer Ausgaben«. »Selbst kleinste Schritte zur Erreichung des Ratsbeschlusses gehen Sie nicht mit«, warf Schäfer der CDU vor. Und: »Der Haushalt ist grundsätzlich solide gestrickt. Und wenn wir den Hauch eines Sparwillens bei der Mehrheitsfraktion hätten entdecken können, hätten wir dem Haushalt sicherlich zugestimmt«, so Schäfer.

Die SPD wolle keine radikalen Umbrüche im Etat. Aber sie versuche seit vielen Jahren, nach und nach Einsparungen vorzunehmen, gleichzeitig die Einnahmepotenziale zu heben, um den Haushalt so langsam aber sicher zu sanieren. Deshalb sei man auch dafür, die Steuersätze den

fiktiven Hebesätzen des Landes anzupassen, »eine pragmatische Reaktion auf aktuelle Entwicklungen sozusagen«.

Engen Spielraum nutzen

Eine tatsächliche Einflussnahme in der Haushaltsplanung sei gering. Gesetzliche Vorgaben ließen nur einen engen Spielraum, sagte Juliane Brauckmann (Grüne). Es gebe aber noch immer Möglichkeiten, andere Akzente zu setzen. Die Grünen, die keine konkreten Anträge zum Etat gestellt hätten, teilten aber nicht alle politischen Ziele, die mit dem Haushalt verfolgt würden.

So halte ihre Fraktion den Ansatz, möglichst viele Gewerbeflächen auszuweisen, als »falsch und wenig zukunftsfähig«.

Baugebiete sollten im Ort ausgewiesen werden, um die Zersiedelung im Außenbereich zu stoppen. Brauckmann forderte außerdem die Beschäftigung mit Vorrangflächen für den Bau von Windkraftanlagen.

In Sachen Tourismus warb die Grüne für einen Nationalpark: »Eine Gemeinde, deren Hauptpotenzial in einer wunderschönen Natur zu finden ist, sollte genau hier ansetzen, alles dafür zu tun, dieses Potenzial zur Entwicklung zu nutzen«, so Brauckmann. Ein Nationalpark schaffe Arbeitsplätze, biete einen Wettbewerbsvorteil, eröffne Landwirten neue Einkommensquellen, sei Werbefaktor und Imagegewinn und steigere die Lebensqualität der Menschen in der Region OWL.

In Sachen Sportförderung mahnte Brauckmann die Gleichbehandlung der Vereine an. Der Sportentwicklungsplan werde nur sehr stiefmütterlich behandelt. Es entbehre jeder Grundlage, warum nur manche Vereine unterstützt würden, andere aber nicht.

In Sachen Energie und neuen Medien hinke Hövelhof ebenso der Lebenswirklichkeit hinterher, »ganz wie in der Schulpolitik«, so Brauckmann. Auf Landesebene habe die CDU eingesehen, dass die Hauptschule nur noch eine »Restschule« sei. Im Ort werde allerdings weiterhin ein Handlungsbedarf geleugnet.